Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

Liebe Genossinnen und Genossen,
trotz oder gerade wegen der Sommerhitze "fluppt" der Wahlkampf! Die Menschen sind bei den Hausbesuchen überaus freundlich, am vergangenen Montag hatten wir mit Sigmar Gabriel eine sehr gute Veranstaltung in Kirchen, die auch in der Presse breite und positive Resonanz gefunden hat und "Sabine bewegt..." entwickelt sich zum "Renner" ;)! Kurzum: es läuft!
Und unsere Plakate sind auch nicht von der Rückrufaktion des Willy-Brandt-Hauses betroffen!
Im Gegenteil: sie sind da, sind wasserfest, stehen zur Abholung bereit und können ab 10. August plakatiert werden!
Lasst uns weiter so machen!
Ich lade euch herzlich ein zu einem informativen Nachmittag (inklusive Kaffee & Kuchen) mit dem AWO-Bundesvorsitzenden Wilhelm Schmidt am Samstag, 03.08. um 14 Uhr ins Bürgerhaus Flammersfeld! Bis Samstag...
herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Verteidigungsminister – Was wird hier verteidigt?

Das Vertrauen, das Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in den letzten Wochen bei Truppe, Parlament und Öffentlichkeit verspielt hat, bleibt endgültig verloren. Es kann nicht angehen, dass ein Minister mehrfach vor dem Parlament und der Öffentlichkeit die Unwahrheit behauptet, er sei mit dem gescheiterten Rüstungsprojekt „Euro-Hawk“ kaum befasst worden. Er hat konkret auf Vorhalt vieler Dokumente zugeben müssen, was schon längst bekannt ist: Der Minister ist in den letzten zwei Jahren mehrfach - auch schriftlich - über Zulassungs- und Kostenprobleme informiert worden. Er fühlte sich dadurch nur nicht zum Handeln berufen. Anstatt die Fehler und Unwahrheiten zuzugeben, die ihm in der Arbeit des Ausschusses bereits nachgewiesen worden sind, blieb der Minister bei seiner Linie: Er habe nicht gelogen.
Sollte damals vor dem Ausschuss, dem Plenum und den Medienvertretern ein anderer Eindruck entstanden sein, sei er bedauerlicherweise missverstanden worden. Wer die klare Unwahrheit in ein laues Missverständnis umdeutet, der lügt ein zweites Mal. Damit kann Thomas de Maizière nicht länger der Oberbefehlshaber der Bundeswehr sein. Zudem offenbart sich das absurde Amtsverständnis dieses Ministers: „Ohne Entscheidungsvorlage handele ich nicht.“ Er hat sich nicht einmal aktiv um das Drohnen-Projekt gekümmert - obwohl er zugleich die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen zum wichtigsten Vorhaben der Neuausrichtung der Bundeswehr erklärt hat.
Unerträglich ist auch die Einlassung des Ministers, er sei Opfer von Entscheidungen seiner Vorgänger, der Fachebenen im Ministerium und seiner Staatssekretäre geworden, die ihn nicht ausreichend informiert hätten. Richtig ist: Ihn hat das Projekt „Euro-Hawk“ nie interessiert, obwohl es als Rüstungsvorhaben der „Kategorie A“ unmittelbar leitungsrelevant war. Zugleich hat der Minister auch noch die Dreistigkeit zu behaupten, der verspätete Stopp des Projekts habe Geld gespart. Hätte sich der Minister angemessen um das Projekt „Euro-Hawk“ gekümmert und bereits vor zwei Jahren überprüft, gestoppt und die Suche nach Alternativen in Auftrag gegeben, wäre nicht nur ein dreistelliger Millionenbetrag eingespart worden. Die Bundeswehr hätte auch zwei Jahre früher ihre Fähigkeitslücke in der Aufklärung mit einer anderen Flugplattform schließen können.

Verkehr

Dr. Peter „Pinoccio“ Ramsauer – PKW-Maut kommt nicht!

Bundesverkehrsminister Ramsauer und der bayerische Ministerpräsident Seehofer haben sich in den letzten Wochen immer wieder für die Einführung einer Pkw-Maut ausgesprochen.
Schwarz-Gelb ist bei der Frage Pkw-Maut zerstritten. Die Bundeskanzlerin hat sich immer wieder öffentlich von den Plänen distanziert. Auch die FDP lehnt sie ab. Der hessische Verkehrsminister Florian Rentsch (FDP) bezeichnet die Idee sogar als „humoristischen Vorschlag“. Um vom Streit in der schwarz-gelben Koalition abzulenken, greift Ramsauer sogar zu einer dreisten Lüge. Er behauptet, alle Verkehrsminister der Bundesländer unterstützen seine Pläne.
Die Wahrheit ist: Weder die Länderminister, noch die CDU und der Koalitionspartner FDP sind für eine Pkw-Maut.
Verkehrsminister Ramsauer unterlegt die Forderung nach Einführung einer Pkw-Maut mit weiteren Lügen, in dem er behauptet, eine Pkw-Maut nur für Ausländer sei möglich und mit einer Pkw-Maut gebe es mehr Geld für den Straßenbau. Ramsauer erweckt zudem den Eindruck, dass deutsche Autofahrer durch eine Maut nicht belastet werden, weil sie dafür an „anderer Stelle“ entlastet werden können. Pinoccio ist ein ehrlicher Waisenknabe im Vergleich zum CSU-Verkehrsminister. Sogar der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, musste in einem Beitrag in der Passauer Neuen Presse vom 10.01.2013 einräumen: „Geld für Straßen kommt nur rein, wenn der heimische Autofahrer zahlt“.

Der Anteil ausländischer Kfz auf deutschen Straßen wird überschätzt. Von 100 Autos sind gerade mal ganze fünf mit einem ausländischen Kennzeichen unterwegs. Unterm Strich zahlen die ausländischen Pkw nur die Bürokratiekosten, mehr Geld für den Straßenbau bleibt da nicht übrig.
Im Unterschied zu Pkw verursachen Lkw massive Schäden an Straßen und Brücken. Ein Lkw schädigt eine Straße 60.000 Mal mehr als ein Pkw. 30 Prozent der schweren Lkw kommen aus dem Ausland und nutzen Deutschland als Transitland. Eine Ausweitung der Lkw-Maut ist deshalb der richtige Weg, weil die Hauptverursacher der Straßenschäden diese auch bezahlen müssen.

In allen europäischen Ländern zahlen die Ausländer nur dann eine Pkw-Maut, wenn auch die Einheimischen entsprechend herangezogen werden. Für Deutschland bedeutet das: Eine Maut wird zu 95% von den deutschen Autofahrern bezahlt, das schreibt das europäische Recht zwingend vor.
Was oft vergessen wird: Ausländische Kfz tanken auch in Deutschland und beteiligen sich damit indirekt über die Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer) an den Kosten für den Straßenbau, der in Deutschland aus Steuermitteln bezahlt wird.

Eine Entlastung für deutsche Autofahrer über andere Steuern (z.B. Kfz-Steuer) ist europarechtlich unzulässig. Denn nach europäischem Recht dürfen Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten nicht anders behandelt werden als Deutsche. Dies belegt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages („Europarechtliche Spielräume für die Einführung einer PKW-Vignette“, WD 146/11, 13.09.2011). Seehofer ist das gleichgültig. In einem „Bild“-Interview sagte er: „Ich will eine Maut, die den deutschen Autofahrer nicht belastet. Notfalls muss dafür das EU-Recht geändert werden.“ Damit führt er die Leserinnen und Leser wissentlich in die Irre: Eine Vignette oder eine Maut gibt es nur für alle oder für keinen.

In Deutschland sind viele Straßen und Brücken in einem maroden Zustand und müssen dringend saniert werden. Die Mittel reichen dazu nicht aus. Verkehrsminister Ramsauer hat es in seiner bisherigen Amtszeit nicht annähernd geschafft, genug Geld bereit zu stellen. Obwohl aus dem Verkehrssektor über die Zugdividende der Bahn und die Luftverkehrsabgabe 1,5 Mrd. Euro Mehreinnahmen generiert wurden, floss davon nur etwa ¼ in die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, ¾ wurden im Haushalt für Klientelgeschenke verbraten.
Jetzt soll nach den Vorstellungen von Minister Ramsauer also eine Pkw-Maut das notwendige Geld für den Straßenbau bringen.
Bei einer durchschnittlichen Fahrleistung kämen Belastungen von 600 bis 700 Euro auf einheimische Autofahrerinnen und Autofahrer zu.

Fazit: Die Einführung einer Pkw-Maut oder Vignette benötigt einen ungeheuren bürokratischen Aufwand, der in keinem Verhältnis zu den Einnahmen steht. Sie ist sozial ungerecht, weil sie vor allem diejenigen trifft, die in ländlichen Gebieten wohnen und einen langen Weg zur Arbeit haben. Sie ist auch ökologisch falsch, weil sie spritsparende Autos benachteiligt und darüberhinaus zu Ausweichverkehren mit erheblichen negativen Folgen führt. Eine Pkw-Maut bringt nur neue Probleme mit sich und ist letztlich nur ein Modell mit dem Autofahrerinnen und Autofahrer abkassiert werden. Der Aufbau und der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur muss anders finanziert werden. Dazu nehmen wir in unserem Regierungsprogramm deutlich Stellung.

In eigener Sache

Sabine bewegt – Diesmal in Kirchen, der „Perle an der Sieg“!
Am Sonntag, den 04. August 2013, 14.00 Uhr geht es in Kirchen weiter. Treffpunkt ist an der Freusburgermühle. Alle Bürgerinnen und Bürger sind sehr herzlich eingeladen. Wir wandern zunächst an einem Teilstück des geplanten neuen Radweg entlang. Er soll von Kirchen bis nach Mudersbach neu und dichter an der Sieg entlang geführt werden. Danach geht es am Fuße des Giebelwald zurü[illegible] vom Forstamt steht uns dabei zur V[illegible] Fragen zum Giebelwald zu beantworten. Zurück an der Freusburgermühle lassen wir den Tag mit erfrischenden Getränken und Gegrilltem ausklingen. Festes Schuhwerk ist beim Wandern immer sinnvoll.
Wir wandern bei fast jedem Wetter!

DAS GUTE ARGUMENT
SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK ERKLÄREN

...ZUM BEISPIEL: GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

SPD

Die ledige 35jährige Britta kümmert sich um alte Menschen. Als ausgebildete Pflegefachkraft verdient sie 2.376 Euro brutto.

In demselben Pflegeheim arbeitet auch ihr Kollege Hermann. Beide sind gleichalt und haben dieselben Aufgaben.

Britta weiß nicht, dass Hermann aber spürbar mehr verdient. Er bekommt 2.567 Euro. Das sind 8 Prozent mehr.

Die SPD will, dass es für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn gibt. Dafür soll ein Entgeltgleichheitsgesetz sorgen. Damit wird unterschiedliche Bezahlung sichtbar – und anschließend beseitigt.

Für Britta heißt das: Ihr Arbeitgeber muss ihr Gehalt um den Differenzbetrag zu ihrem Kollegen erhöhen. Sie bekommt dann **190 Euro mehr pro Monat**. Im Jahr sind das **2.280 Euro**.

Britta ist kein Einzelfall: Durchschnittlich verdienen Frauen **22 Prozent** weniger als Männer.

Termine

03.08.13	**08.30 Uhr**	**CSD Podium, Essen**
	14.00 Uhr	**VA mit AWO-Bundesvorsitzendem Wilhelm Schmidt im Bürgerhaus Flammersfeld**
	17.30 Uhr	**Sommerfest der Stadt Neuwied**
	19.00 Uhr	**Festkommers VFL Hamm**
04.08.13	**11.00 Uhr**	**MGV Weyerbusch-Hasselbach**
	14.00 Uhr	**Wandern mit Sabine, Kirchen**
05.08.13	**19.30 Uhr**	**Tavernengespräch Andernach**
06.08.13	*09.30 Uhr*	*Karnevalsfreunde Oberbieber*
	20.00 Uhr	**Kirmes Gebhardshain**
07.08.13	*09.00 Uhr*	*„Sicherheitsfrühstück“ mit Michael Hartmann MdB, Oberlahr*
08.08.13	*ganztags*	*Tag in der Verbandsgemeinde Wissen*
	19.00 Uhr	*JHV SPD Katzwinkel*
09.08.07	*ganztags*	*Tag in der VG Rengsdorf*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**